

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(1) **Gefechte an der sino-sowjetischen Grenze?**

Am 5. Mai meldete die Hong Konger Zeitung "Osten", daß sich während der vergangenen fünf Monate mindestens vier blutige Zusammenstöße an der sowjetisch-chinesischen Grenze ereignet hätten. Die Chinesen hätten die meisten ihrer Verwundeten in ein Marinehospital in Tsingtao gebracht.

Die Nachricht ist mit Vorbehalt zu betrachten. Einerseits ist es zwar kein Geheimnis, daß es im Laufe der vergangenen Jahre immer wieder zu Grenz Zusammenstößen gekommen ist, andererseits aber hat Moskau den Chinesen gerade nach dem Tode Maos eine "Schonzeit" eingeräumt, in deren Verlauf die üblichen propagandistischen Seitenhiebe nahezu ausblieben. Regelrechte Grenzgefechte hätten schlecht zu dieser zurückhaltenden Politik gepaßt.

(2) **Li Hsien-nien greift auf einem Bankett zu Ehren der holländischen Prinzessin Beatrix heftig die Sowjetunion an**

Bei dem Bankett am 4. Mai betonte Li Hsien-nien, daß "der strategische Schwerpunkt der Rivalität der beiden Supermächte um die Weltvorherrschaft in Europa liegt. Um Europa unter Kontrolle zu bringen, exportieren die Sozialimperialisten einerseits den Hauptteil ihrer Streitkräfte nach Europa... und leiern gleichzeitig die alte Melodie der 'Entspannung' und 'Abrüstung' herunter, um mit diesem geistigen Opium... die westeuropäischen Völker einzulullen und ihren Kampfwillen zu lähmen. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die Helsinki Konferenz Europa weder Sicherheit noch Entspannung gebracht, sondern eher dazu geführt hat, daß die Sozialimperialisten ihre Schritte der Aggression und Expansion beschleunigen". Auch in Afrika habe die Sowjetunion bereits bewaffnete Interventionen angesetzt, u.a. in Angola und in Zaire. Der Stoß gegen Afrika ziele indirekt auch auf Westeuropa.

Wie die Zeitung "De Telegraaf" am 5. Mai meldete, seien die holländischen Gäste über diese Ausführungen "schockiert" gewesen.

(3) **Moskaus Nahostpolitik geht vom Grundsatz des "Teile und Herrsche" aus**

Peking (NCNA, 30.4.77) nimmt einen angeblichen Versuch Moskaus, Konflikt zwischen Ägypten und Libyen zu provozieren, zum Anlaß, erneut die Nahostpolitik Moskaus zu analysieren. Ohne Konsultation Ägyptens hatte die Sowjetunion am 24. April 1977 ein Memorandum an eine Reihe arabischer Länder verschickt, in dem Ägypten bezichtigt wurde, für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Libyen bereitzustehen.

Diese Memorandumspolitik und der Versuch Moskaus, Ägypten als den Aggressor hinzustellen, seien von drei Zielsetzungen diktiert: Erstens wolle die Sowjetunion die seit der 8. Arabischen Gipfelkonferenz immer deutlicher werdende Einheit der arabischen Länder spalten. Man glaube in höchster Eile handeln zu müssen, ehe es zu spät ist. Zweitens gehe es um Infiltration und Expansion in Nordafrika sowie im Raume des Roten Meeres; drittens wolle sich Moskau selbst aus der Isolierung befreien, in die es vor allem nach Anstiftung der Söldnerinvasion in Zaire hineingeraten sei.

(4) **"Dankbarkeits"-Adresse der JMJP an die "Sozialimperialisten"**

Alle Welt will nur das Böse am Feinde erkennen, nicht aber seinen möglichen großen Nutzen. Demgegenüber solle man jedoch stets die dialektische Lehre vor Augen behalten, daß alle Dinge in der Welt ein doppeltes Wesen haben. "Schlechte Dinge und giftige Sachen sind natürlich schlecht; aber wenn man sie richtig anwendet, dann kann man das Schlechte in Gutes und die giftigen Pflanzen in Dünger verwandeln. Der Imperialismus und die ganze Reaktion haben ebenfalls ein doppeltes Wesen. Auf der einen Seite sind sie tatsächlich schlecht, sie bringen schreckliches Leid über die Menschen; andererseits aber dienen sie als erzieherisches Moment und manchmal auch als etwas, aus dem man Lehren ziehen kann, d.h., sie erziehen die Menschen in negativer Weise und rütteln sie auf, indem sie sie dazu bringen, konstant ihr politische Bewußtsein, ihre Einheit und ihre Moral zu erhöhen" (JMJP, 7.5.77). Seit den 60er Jahren sei die Sowjetunion zum klassischen "Lehrer durch negatives Beispiel" geworden.

Bei den Völkern Osteuropas habe spätestens der Einmarsch in Prag (August 1968) den Menschen die Augen über die wahre sozialistische Natur der Sowjetunion geöffnet.

Der Nahe Osten sei durch die Ägyptenpolitik Moskaus wachgerüttelt worden: die Sowjetunion habe Ägypten nicht nur die gelieferten Waffen teuer bezahlen lassen und die Wirtschaft des Landes dadurch in Schwierigkeiten gebracht, sondern habe auch eine "Weder-Krieg-noch-Frieden-Situation" im Nahen Osten geschaffen, die die Völker des dortigen Raums daran hinderte, zueinander zu finden und mit den eigenen Problemen fertig zu werden.

Auch die Afrikaner, die mit dem Sozialimperialismus zunächst nicht völlig vertraut waren, seien durch den Söldnerkrieg der Sowjetunion in Angola und Zaire eines Besseren belehrt worden.

Die Menschen in der Zweiten Welt schließlich (Westeuropa und Japan) seien durch die lügenhafte

Entspannungspolitik der Sowjetunion "allmählich ernüchtert und davon überzeugt worden, daß die Entspannung ein bloßer Betrug ist und daß die Gefahr eines neuen Weltkriegs in Wirklichkeit steigt".

Die Menschen aller Kontinente hätten also allen Anlaß, "diesem guten Lehrer, der Sowjetunion, zu danken".

NORDAMERIKA

(5) Die Regierung Carter hat vorerst noch keine klare Chinapolitik an den Tag gelegt

Nach dem vorläufigen Scheitern der Mission des neuen Außenministers Vance in Moskau und angesichts der Schwierigkeiten für die Verwirklichung des SALT-Abkommens hat Washington sich entschlossen, nun wieder die chinesische Karte ins Spiel zu bringen. Daß Peking erst jetzt ins Blickfeld der amerikanischen Außenpolitik gerät, hängt aber auch damit zusammen, daß die neue Administration in ihren ersten Wochen Fragen größerer Priorität, wie Westeuropa, die Beziehungen zur Sowjetunion und mit Afrika in Angriff nehmen mußte, ehe sie sich einem z.Zt. weniger schwerwiegendem Land, China, zuwendete.

Die einzelnen Schritte zu einer neuen Chinapolitik: Anfang April hatte Vance dem Leiter des 1973 gegründeten "Rats für Handel zwischen den Vereinigten Staaten und China" das starke Interesse der Regierung Carter an einer Verstärkung des 1976 auf 336 Millionen Dollar gesunkenen Außenhandels zwischen beiden Ländern mitgeteilt. Am 11. April 1977 empfing Vance den Leiter des chinesischen Verbindungsbüros in Washington, Huang Ch'en, zu einem längeren Gespräch über die Ergebnisse seiner Reise nach Moskau und den Stand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Vance gab auch bekannt, daß er erst später, wahrscheinlich im November 1977, die chinesische Hauptstadt besuchen werde.

Gleichsam als Ersatz für die einstweilen noch ausbleibenden Besuche amerikanischer Spitzenpolitiker entsandte Präsident Carter seinen 27jährigen Sohn Chip mit einer Botschaft. Carter drückte darin insbesondere den Wunsch aus, daß sich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen "weiterhin verbessern" mögen. Chip Carter gehörte einer Delegation von insgesamt zehn US-Kongreßmitgliedern an, die u.a. ein zweistündiges Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien hatten.

Wann volle diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen werden sollen, ist bisher von Washington nicht bekanntgegeben worden. Man müsse, wie es in zahlreichen Kommentaren heißt, auf die öffentliche Stimmung in der Bevölkerung Rücksicht nehmen, die in weiten Teilen immer noch für Taiwan günstig sei. (IHT, 13.4.77)

Über das Ob einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking scheint es bei der Regierung Carter keine Zweifel mehr zu geben. In der Zwischenzeit wurden auch Geheimdokumente der Nixon-Administration bekannt, aus denen hervorgeht, daß Richard Nixon bei seinem Besuch im Februar 1972 dem damaligen chinesischen Regierungschef Chou En-lai gegenüber die Absicht betont habe,

bei einer Wiederwahl ins Weiße Haus die Beziehungen zwischen beiden Staaten diplomatisch zu normalisieren. Diese Dokumente wurden in der Zwischenzeit auch von den außenpolitischen Beratern Carters studiert. Nixon wurde lediglich durch die Watergate-Affäre daran gehindert, die Chinafrage endgültig zu bereinigen (IHT, 12.4.77). Diesen Faden scheint nun auch Carter wiederaufzunehmen, ohne daß entsprechende offizielle Pläne bekanntgegeben worden wären.

(6) Das amerikanische "Verbindungsbüro" in Peking erhält demnächst seinen vierten Vorsitzenden

Seit der Errichtung chinesisch-amerikanischer Verbindungsbüros mit quasi diplomatischem Status in Washington und Peking haben die Amerikaner ihren Repräsentanten bereits dreimal ausgewechselt. Erster Geschäftsträger war David Bruce, ein angesehenen Diplomat des amerikanischen Foreign Office, dessen Auftrag es eigentlich gewesen wäre, ein würdiger Gesprächspartner für Chou En-lai zu sein. Nachdem die Erwartungen Bruce' enttäuscht worden waren, wurde er durch George Bush ersetzt, der allerdings, nach seiner Ernennung zum Chef des CIA im Jahre 1976, dem 71jährigen Diplomaten Thomas Gates, dem ehemaligen Verteidigungsminister in der Eisenhower-Regierung, Platz machte.

Gates kehrte nach einjährigem Aufenthalt am 8. Mai endgültig nach Washington zurück.

Neuer Leiter des Verbindungsbüros soll der Vorsitzende der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft, Leonard Woodcock, sein, der Ende Juli oder Anfang August in China erwartet wird.

LATEINAMERIKA

(7) Optimale Beziehungen mit dem chilenischen Militärregime

Peking soll dem Militärregime Pinochet einen Multimillionen-Dollar-Kredit eingeräumt haben. In den chinesischen Quellen sind darüber zwar keine Angaben zu finden, doch berufen sich die Informatoren, z.B. die Agentur Reuter (englisch, 5.5.77, in BPA Ostinfo, 6.5.77, S.33) auf entsprechende Angaben von chilenischer Seite. Sowohl die Angaben über die Höhe als auch über die Modalitäten des Kredits schwanken allerdings. Reuter geht davon aus, daß der erwähnte Kredit nichts anderes sei als eine Realisierung des bereits der Regierung Allende im Juni 1972 versprochenen 62 Millionen-Dollar-Kredits. NZZ (14. Juni 1972) und FAZ (12. Februar 1973) allerdings sprachen von einer Höhe von 65 Millionen US Dollar, die am 8. Juni 1972 versprochen worden seien. Der sowjetische Propagandasender "Frieden und Fortschritt" (englisch, 26.4.77) bringt wiederum andere Angaben: Peking habe "im Jahre 1973 - wenige Monate nach der brutalen Machtübernahme in Chile - den chilenischen Faschisten einen großzügigen Kredit gewährt, um den Usurpatoren über ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Der Kredit ist zurückzahlbar in Kupfererz. Ein Jahr später erklärte sich Peking bereit, eine große Lieferung an Kupfer und Salpeter außerhalb der

üblichen Lieferungen zu kaufen - und Peking zahlt in harter Währung. Im Herbst 1975 stattete eine Handels- und Wirtschaftsdelegation der Junta China einen Besuch ab. Beide Seiten kamen überein, den Handel anzukurbeln. Chiles Lieferungen von Kupfer an China schnellten von 8.000 t auf 40.000 t. Ferner erhielt die Junta ein Darlehen in Höhe von 58 Millionen Dollar. Letztes Jahr (gemeint ist 1976, der Bearbeiter) erfolgte ein weiteres Darlehen Chinas an die Junta in Höhe von 100 Millionen Dollar, das in der Hauptsache für Waffenkäufe verwendet wurde. Zur Demonstration ihrer Bereitschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Junta weiter zu entfalten, luden die chinesischen Behörden chilenische Repräsentanten zum allerersten Mal zur Frühjahrsmesse nach Canton ein. Pekings rührende Besorgnis um die chilenischen Faschisten hat ihnen deren Dankbarkeit gesichert. Der neue Botschafter Chiles in Peking, Admiral Redobra, erklärte kürzlich, daß die 'Beziehungen zwischen Chile und China eine aussichtsreiche Zukunft' hätten, da Peking 'Freundschaft und Verständnis gegenüber den Realitäten in Chile' gezeigt habe."

Was die Kreditbedingungen anbelangt, so berichtet Reuter, daß das Geld in chilenischen Waren zwischen 1982 und 1992 zurückgezahlt werden müsse. Bartke ("China's Economic Aid", London 1975, S.105) dagegen spricht davon, daß der Kredit erst nach fünfzig Jahren zurückgezahlt werden müsse, womit die Chinesen den Chilenen bisher die "günstigsten Bedingungen" in der chinesischen Kreditvergabepolitik überhaupt eingeräumt hätten.

Reuter meldet weiterhin, Peking habe den Chilenen 16 Millionen Dollar zum Kauf von Nahrungsmitteln und Chemikalien in China zur Verfügung gestellt. Es wird allerdings nicht klar, ob diese 16 Millionen ein Teil der angeblich freigegebenen 62 Millionen sind oder ob es sich hier um eine zusätzliche Leistung handelt. Auch die 16 Millionen-Dollar-Zusage gehe auf das Jahr 1972 zurück.

Der Handel zwischen beiden Staaten ist nicht übermäßig groß: China kauft chilenischen Salpeter und Kupfer und liefert Konserven, insbesondere Fleisch, als Gegenleistung.

Selbst wenn man aber von solchen wirtschaftlichen Verbindungen absieht, hebt sich China doch deutlich von dem Verhalten ab, das andere sozialistische Länder dem chilenischen Militärregime gegenüber an den Tag legen. Die VR China und Rumänien sind die einzigen sozialistischen Staaten, die offizielle diplomatische Beziehungen zu Santiago unterhalten.

Schon kurz nachdem das Regime Allende im September 1973 gestürzt worden war, erteilte Peking dem Botschafter der Junta ein Agrément und gab dem bisherigen chilenischen Vertreter, einem persönlichen Freund Allendes, damit zu verstehen, daß Peking sich mit den neuen Realitäten abgefunden habe.

Das schnelle und auch für den Westen unerwartete Engagement Chinas für die Junta hing mit antisowjetischen Erwägungen zusammen. Allende hatte sich für den Geschmack Pekings in eine allzu enge Bindung gegenüber Moskau begeben. Man befürchtete chinesischerseits, Allende könne zu einem zweiten Castro werden. Im übrigen war der Sturz Allendes aus chinesischer Sicht auch ein weiterer Beweis dafür, daß die offizielle sowjetische These von der sozialistischen Machtergreifung auf konstitutionellem Wege - und nicht etwa mit Hilfe der "Gewehrläufe" - falsch ist.

Rude Pravo (Ceteka, 26.4.77) kommentiert: "Haßerfüllter Antisowjetismus, Haß gegen den wahren Sozialismus und Neigung zu politischen Abenteuern sind Elemente, die sowohl in der chilenischen als auch in der chinesischen Außenpolitik trotz aller Unterschiede zwischen beiden Regierungen zu finden sind."

(8) Fidel Castro greift die "bewußte Politik des Verrats am Internationalismus" durch Peking an

Fidel Castro gab der in Paris erscheinenden Zeitschrift "Afrique-Asie" ein Interview, in dem er wörtlich folgendes ausführte: "Lange Zeit glaubte ich, daß die chinesische politische Führung nur einen Irrweg ging. Ich habe nicht geglaubt, daß sie bewußt und bedacht die Sache des Internationalismus und des Marxismus/Leninismus verraten hat, einfach deshalb, weil es mir unglaublich schien, und ich konnte es auch nicht begreifen. Wie konnte ein Land, das die sozialistische Revolution durchmachte und von Arbeitern und Bauern regiert wird, solch eine absurde, der Politik des Kapitalismus und Imperialismus ähnelnde internationale Politik betreiben? Heute bin ich fest davon überzeugt, daß es sich hier keineswegs um einen bloßen Irrtum, sondern vielmehr um eine bewußte Politik des Verrats am Internationalismus, um eine Politik des Bündnisses mit dem Imperialismus handelt. Es gibt keinen einzigen Aspekt der internationalen Lage, in denen sich die Politik der chinesischen Führung mit der Politik des Imperialismus nicht decken würde. In Chile haben sie sich mit Pinochet und dem Faschismus solidarisiert. In den Ländern Lateinamerikas traten sie in ein Bündnis mit den reaktionärsten und den volksfeindlichsten Elementen ein.

In Afrika, insbesondere während der Ereignisse in Angola, haben sie die mit der CIA, dem Neokolonialismus und mit den Rassisten verbundenen Gruppierungen, die UNITA und die FNLA, unterstützt. Jetzt kompromittieren sie sich zutiefst dadurch, daß sie Partei für die Regierung Zaires ergriffen haben. Diese chinesischen Führer sind mit der Einmischung Marokkos, des französischen und amerikanischen Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Zaires, wohin sie eine große Menge leichte und schwere Waffen liefern, voll und ganz einverstanden.

China ging in seiner Außenpolitik stets Hand in Hand mit dem Neokolonialismus in Afrika und der arabischen Reaktion im Nahen Osten. Die Chinesen solidarisieren sich mit der Politik der NATO und des amerikanischen Imperialismus sowie mit den reaktionärsten europäischen Parteien. In Europa erhalten faschistische und extremistische Gruppen, in die sich die CIA eingenistet hat, von China Unterstützung. Vom Geist des Abenteuertums und der Verantwortungslosigkeit getrieben, versucht die chinesische Führung, zwischen der UdSSR und den USA einen Krieg zu provozieren.

Durch ihren Verrat hat die chinesische Regierung eine tiefe Spaltung zwischen den revolutionären Kräften in der ganzen Welt gerade zu jener Zeit verursacht, als sie dicht an ihr Ziel herangekommen waren, das Kräfteverhältnis voll und ganz zugunsten des weltweiten Triumphs des Sozialismus zu gewinnen.

Gegenüber Kuba betreibt China eine schmachvolle Politik. Mit seiner widerlichen Lügen- und Hetzkampagne versucht China, die Solidarität unserer

Partei mit den Befreiungsbewegungen zu untergraben, ein Verhalten, das wunderschön mit der Politik des amerikanischen Imperialismus gegenüber unserem Land übereinstimmt. China ist gegen die Aufhebung der Wirtschaftsblockade der USA gegenüber Kuba und auch gegen die Rückgabe des von den Amerikanern okkupierten Territoriums, des Stützpunktes Guantánamo.

Wir besitzen glaubwürdige Mitteilungen darüber, daß der chinesische Geheimdienst mit den Geheimdiensten der USA, Westdeutschlands, Frankreichs und der NATO eng zusammenarbeitet.

Die gegenwärtige Politik Chinas ist objektiv absurd. Das chinesische Volk hat in diesem Bündnis mit dem Imperialismus und der Weltreaktion keine Zukunft. Wir glauben an das chinesische Volk. Wir wissen zu gut, daß es ein sehr hingebungsvolles, tapferes revolutionäres Volk ist. Ein Volk kann man eine Zeitlang irreführen, aber man kann es nicht betrügen".

Im Zusammenhang mit Angola und Zaire betonte Castro noch: "Jede Aggression gegen Angola wird von uns als Aggression gegen Kuba angesehen werden". Auf die Lage in Zaire eingehend erklärte er: "Kuba hat sich an den Ereignissen in Zaire in keiner Weise beteiligt. Es gibt dort keinen einzigen kubanischen Ausbilder und keinen einzigen kubanischen Soldaten. In Zaire gibt es keinerlei kubanische Präsenz... Die Ereignisse in Zaire sind eine rein innere Angelegenheit".

AFRIKA UND NAHOST

(9) Chinesische Entwicklungshelfer als Geiseln in Pakistan

Rd.3.000 Chinesen, die nach Pakistan gekommen sind, um dort eine Straße zu bauen, die von der Nordwest-Grenzprovinz nach Chinesisch-Sinkiang führt, wurden Anfang Mai von etwa 8.000 Bergkriegern vom Stamme der Kohistani umzingelt (Le Monde, 4.5.77. Die NZZ spricht von 1.200 chinesischen Arbeitern, 4.5.77). Die Straße ist ein Teilstück der sog. Karakorum-Straße und eine der gebirgigsten Teile der alten "Seidenstraße".

Die in der Region wohnenden Kohistanis wollen ihre Belagerung nur dann aufheben, wenn der pakistanische Ministerpräsident Ali Bhutto gemäß den Forderungen der Oppositionsparteien nicht nur Neuwahlen ausschreibt, sondern auch zurücktritt. Es handelt sich hier also keineswegs um eine Affäre mit typisch außenpolitischen Zielen, sondern um die seit den pakistanischen Wahlen (März 1977) andauernden innenpolitischen Auseinandersetzungen um angebliche Wahlfälschungen Bhuttos.

Am 5.Mai entsandte die Regierung in Islamabad Soldaten, Geschütze, schwere Granatwerfer und mindestens zwei Düsenkampfflugzeuge in das Aufständischengebiet, um die Chinesen zu befreien.

ASIEN

(10) Birmanischer Staatschef in Peking

U Newin, der Präsident der Sozialistischen Republik der Union von Birma, traf am 27.April mit einem Sonderflugzeug zu einem offiziellen zweiwöchigen

Besuch in Peking ein. Es war seine dritte Visite seit dem Ende der Kulturrevolution und sein achter Besuch in Peking insgesamt. Im Leitartikel der JMJP vom 27.4.1977 war von "Beziehungen der Freundschaft und guten Nachbarschaft zwischen beiden Ländern" die Rede. Beide Regierungen stünden zueinander in einem durch die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz geregelten Verhältnis. China und Birma seien beide Entwicklungsländer und gehörten der Dritten Welt an. China unterstütze entschieden den gerechten Kampf des birmanischen Volkes zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und die von der birmanischen Regierung verfolgte Außenpolitik der Unabhängigkeit und Blockfreiheit.

Während die chinesische Presse und auch der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien von bestem Einvernehmen sprachen, hatte sich Newin offensichtlich vorgenommen, das Doppelspiel Chinas gegenüber seinem Lande öffentlich zu kritisieren. Peking hilft - oder half zumindest bis zum Sturz der "Viererbande" den Birmarebellen, unterhält aber gleichzeitig zu der Regierung in Rangoon ein offiziell gutes Verhältnis. Newin will die These von der strikt zu trennenden Drei-Ebenen-Politik (Staat-Staat, Volk-Volk, Partei-Partei) nicht gelten lassen. Wie AFP (27.4.77) berichtete, soll Newin auf einem zu seinen Ehren gegebenen Bankett darauf hingewiesen haben, daß "Birma und China enge Nachbarn sind und daß es von Vorteil wäre, wenn keine Probleme zwischen beiden Ländern bestünden. Falls diese noch von Zeit zu Zeit auftauchen, so wäre es von Vorteil, sie im freundschaftlichen Sinne zu lösen, so wie dies mit der Grenzbereinigung zwischen beiden Ländern geschehen ist". Politische Beobachter in Peking hätten sich überrascht gezeigt, mit welcher Deutlichkeit der birmanische Staatspräsident zu Beginn seines zweiwöchigen Besuchs auf die Unterstützung der im Untergrund gegen das Newin-Regime kämpfenden birmanischen Kommunisten durch die Volksrepublik China angespielt habe.

Der Chinabesuch war übrigens eine der ganz wenigen Gelegenheiten, bei denen Newin in der Öffentlichkeit auftrat. Der Durchschnittsbirmane hat über ihn in den letzten zwei Jahren nur zweimal eine Nachricht erhalten, nämlich Weihnachten 1975, als er im Inya Lake Hotel eigenhändig einige Jazzmusiker ohrfeigte und ihre Instrumente zerbrach und im vergangenen Jahr, als er sich zum fünften Mal verheiratete.

(11) Chinesisch-japanischer Freundschaftsvertrag?

Am 28.Februar 1977 begannen japanisch-sowjetische Fischereiverhandlungen. Vor Beginn dieser Gespräche hatte die Sowjetunion jedoch bereits einseitig die Durchführung einer exklusiven 200-Seemeilen-Fischereizone mit Wirkung vom 1.März angekündigt, eine Zone, in die auch die zwischen Japan und Moskau umstrittenen vier Nordkurilen-Inseln einbezogen sind.

Die gesamte Verhandlungsstrategie der Sowjetunion war während der Verhandlungen darauf gerichtet, die Japaner zu bewegen, die vier Kurilen-Inseln mit in das Interims-Fischereiabkommen einzuschließen - ein Versuch, der nach japanischer - und übrigens auch chinesischer (NCNA, 18.4.77) Auffassung de facto zur ewigen Festschreibung des derzeitigen Besitzstandes geführt hätte.

Bei den teilweise in Tokyo und Moskau parallel geführten Verhandlungen um ein Zwischen- und ein langfristiges Fischereiabkommen, die das überholte aber noch rechtsgültige bilaterale Fischereiabkommen ablösen sollten, zeigten die Sowjets ein die Japaner provozierendes Verhalten. So wurde beispielsweise dem Kabinettsprecher Sonoda, der in Moskau einen Brief Ministerpräsident Fukudas überreichen sollte, zunächst das Visum verweigert. Als er dann endlich fahren konnte, ließ man ihn erst zwei Tage untätig in einem Moskauer Hotel herumsitzen. Eine japanische Parlamentarierdelegation, die ebenfalls vermitteln sollte, ließ man gleich zwei Wochen auf die Einreiseerlaubnis warten.

Die Japaner sind vor allem deshalb empört, weil im gemeinsamen japanisch-sowjetischen Kommuniqué vom Jahre 1973 der damalige Ministerpräsident Tanaka ausschließlich auf Fixierung der Klausel gedrungen hatte, daß es als Ergebnis des 2. Weltkriegs noch eine Reihe ungelöster Fragen zwischen der Sowjetunion und Japan gebe, die bereinigt werden müßten. Da es sonst kaum Probleme zwischen beiden Staaten gibt, war nach japanischer Auffassung selbstverständlich die Inselfrage gemeint. Ob für die derzeitige "Vergeßlichkeit" der Sowjetunion wirklich nur das Bedürfnis maßgebend ist, sich für den Mig 25-Vorfall zu rächen (so Klaus W. Bender in FAZ, 18.4.77), mag zweifelhaft sein. Zutreffender erscheint hier das Urteil von Hsinhua (NCNA, 19.4.77), das von einer grundsätzlich "hegemonistischen" Haltung der Sowjetunion auch in der Inselfrage ausgeht.

Die japanische Regierung steht unter dem Druck der Fischereilobby: seit Verkündung der Fischereizone durch die Sowjetunion liegen auf der nordjapanischen Insel Hokkaido 600 Fischfangboote fest, die im Ochotskischen Meer bisher rd. ein Fünftel der gesamten japanischen Fänge eingeholt haben. Mehrere tausend Fischerpackungsbetriebe und ihre Zulieferer mußten die Arbeit einstellen, ihr Personal entlassen oder beurlauben.

Angesichts dieser Zwangslage macht sich vor allem in Kreisen der japanischen Opposition jetzt bereits der Ruf nach beschleunigtem Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrags mit Peking bemerkbar, der allerdings nur dann zustandekommen kann, wenn die Japaner sich bereit erklären, die - indirekt antisowjetische - "Antihegemonieklausel" in den Vertrag aufzunehmen.

Praktisch helfen freilich kann auch Peking den Japanern nicht. In der derzeitigen Situation wäre der Abschluß des Freundschaftsvertrags mehr oder weniger eine bloße Trotzreaktion gegen Moskau, die die sowjetische Starrheit nur noch erhöhen könnte.

(12) Chou En-lais Witwe besucht Sri Lanka

Teng Ying-chao, stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, stattete vom 17. bis 21. April der Republik Sri Lanka einen Freundschaftsbesuch ab. Es war dies bereits die zweite offizielle Reise Tengs, die zu einer Art Sonderbotschafterin des Guten Willens zu werden scheint. Im Februar 1977 hatte sie bereits Birma besucht. Die Regierungen in Rangoon und Colombo wußten den Stellenwert ihres Gastes richtig einzuschätzen und empfingen ihn wie ein Staatsoberhaupt. Die Frau des verstorbenen Ministerpräsidenten Chou ist eine zurückhaltende alte Dame, die mit ihrer Bescheidenheit, aber auch mit ihrer - unaufdrin-

glichen -Autorität nicht nur in China selbst populär ist, sondern auch im Ausland überall Sympathien sammeln kann.

Während Teng Ying-chao in Birma eine - angesichts der Doppelspurigkeit der chinesischen Außenpolitik - heikle Aufgabe zu lösen hatte, war der Besuch in Ceylon eine von vornherein unproblematische Angelegenheit.

Seit 1952 laufen zwischen beiden Ländern Tauschgeschäfte, bei denen China Reis und Ceylon im Gegenzug Gummi liefert. Das Abkommen wurde jeweils im Abstand von fünf Jahren erneuert, also 1957, 1962, 1967 und 1972. Die weitere Verlängerung im Jahre 1977 steht wohl jetzt schon außer Zweifel. Außerdem hat China an das südasiatische Land im Laufe der Jahre Entwicklungshilfe geleistet. Eines der symbolträchtigsten Geschenke Chinas war die Bandaranaike-Gedenkhalle in Colombo, in der übrigens 1976 auch die 5. Gipfelkonferenz der Blockfreien Staaten abgehalten wurde.

Außenpolitisch gibt es zwischen Colombo und Peking eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die vor allem von den Chinesen immer wieder hervorgehoben werden. Folgende Punkte findet Peking erwähnenswert:

- Sri Lanka betreibe eine blockfreie Politik der Unabhängigkeit, des Friedens und der Neutralität und spiele eine wichtige Rolle in der Dritten Welt.

- Die Regierung Bandaranaike habe bei zahlreichen Gelegenheiten den Vorschlag unterbreitet, den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens auszubauen, den Indik also in eine von Großmachtrivalität - vor allem zwischen den beiden Supermächten - freizuhalten Zone umzugestalten. Hierbei zielt China in erster Linie nicht etwa auf die amerikanische Marinebasis in Diego Garcia ab, sondern auf die zunehmende Marinepräsenz der Sowjetunion. Moskau leugnet zwar offiziell, daß es im Indischen Ozean irgendwelche Basen besitze, doch verfügt es über feste Anlaufmöglichkeiten in Berbera in Somalia und kann auch nicht leugnen, im Indik präsent zu sein.

- Sri Lanka betreibe aktiv die Neutralisierung Südosasiens, die auch von China gebilligt wird.

- Colombo trete für die Errichtung einer Friedenszone in Nepal ein.

- Die Regierung Bandaranaike befürworte ferner eine atomwaffenfreie Zone in Südasien und Friedenszonen in anderen Teilen der Welt.

- Sri Lanka unterstütze auch entschieden den Kampf der Völker in verschiedenen Ländern um Erlangung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit angesichts der Bedrohungen durch Imperialismus, alten und neuen Kolonialismus, Hegemonismus und Rassismus.

- Sri Lanka unterhalte freundschaftliche Beziehungen zu seinen Nachbarn Pakistan, den Malediven und Bangladesch. Sogar mit Indien habe es einige offenstehende Probleme auf dem Verhandlungswege lösen können (NCNA, 17.4.77).

Ministerpräsidentin Bandaranaike bedankte sich bei China für die Unterstützung der Bemühungen Ceylons um ein neues Weltwirtschaftssystem, wie es bei der 5. Konferenz der Blockfreien so ausführlich behandelt worden war. (NCNA, 18.4.77)